

Mareike Blömker

### Politische Partizipation in Deutschland und den Niederlanden im Vergleich

Auch das Jahr 2005 hat wieder gezeigt, dass die Bürger Einfluss auf politische Prozesse nehmen können. In den Niederlanden stimmten sie bei der Volksabstimmung über die EU-Verfassung mehrheitlich mit ‚Nein‘ und stürzten so gemeinsam mit den Franzosen die EU in eine ernste Krise. Bei den Landtagswahlen in NRW strafte die Bürger abermals die damalige Rot-Grüne-Bundesregierung für ihre als ungerecht und unsozial empfundenen Reformpläne ab, was den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und den damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering dazu veranlasste, noch am selben Abend Neuwahlen zum Deutschen Bundestag vorzuschlagen.

Politisches Handeln erhält seine Grundlegitimation vor allem durch Wahlen. Die Teilnahme an Wahlen ist daher Aufgabe des Staatsbürgers, mit der er politischen Akteuren jenen legitimierten Handlungsauftrag gibt, auf den diese angewiesen sind. Über die Teilnahme an Wahlen hinausgehend, stehen den Bürgern noch weitere Formen der politischen Beteiligung zur Verfügung. Theoretisch betrachtet lässt sich politische Partizipation in zwei große Bereiche einteilen: die Beteiligung an institutionalisierten Beteiligungsformen wie Wahlen und Abstimmungen und die Teilnahme an nicht-institutionalisierten Beteiligungsformen wie Demonstrationen, Unterschriftenaktionen, Zukunftswerkstätten oder ‚Runden Tischen‘. Auch das persönliche Gespräch oder der Briefwechsel mit einem gewählten Volksvertreter sind Möglichkeiten der politischen Beteiligung. Das Ziel von politischer Partizipation ist die Teilnahme bzw. Integration der Bürgerinnen und Bürger in politische Meinungsbildungs-, Diskussions- oder Entscheidungsprozesse.

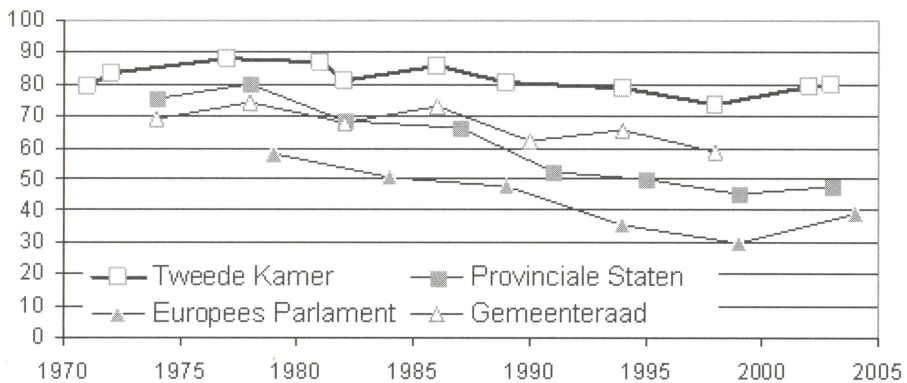
Im Fokus des vorliegenden Aufsatzes steht die Frage nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Deutschland und den Niederlanden bezogen auf die Möglichkeiten politischer Beteiligung und deren praktischer Wahrnehmung. Sodann wird der grundsätzlicheren Fragestellung nachgegangen, wie es um das Verhältnis zwischen Bürgern und Politik bestellt ist. Um dieses Verhältnis zu analysieren, werden in der Politikwissenschaft vielfältige Kriterien genutzt, von denen folgende drei herausgegriffen werden: das *politische Interesse* als Barometer dafür, wie sehr sich die Bürger von Politik tangiert fühlen, die *Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie* im eigenen Land sowie das *Vertrauen in bestimmte öffentliche Institutionen* als Gradmesser für die Akzeptanz der politischen Akteure und Grundlage der Legitimation von politischem Handeln.

### *Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaft*

Wenngleich Politikern und Wissenschaftlern häufig die niedrige Beteiligung an Wahlen zurecht Sorgen bereitet, ist der Gang zur Wahlurne immer noch die Partizipationsform, die von der Mehrheit der Bürger wahrgenommen wird. Eine traurige Ausnahme stellt das Europäische Parlament dar, zu dessen Wahl inzwischen nicht mal mehr oder vielleicht gerade noch jeder zweite Deutsche oder Niederländer geht.

Der Blick auf das Wahlverhalten der Niederländer zeigt, dass die Beteiligung vor allem bei den Wahlen zu den Provinzialstaaten sowie den Wahlen zum Europäischen Parlament stark gesunken ist.<sup>1</sup> Betrachtet man allein den Zeitraum der letzten 15 Jahre, ist festzuhalten, dass die Beteiligung an der Wahl zur Zweiten Kammer bei etwa 80 Prozent lag, bei den Wahlen zu den Gemeinderäten erreichte sie noch zwischen 60 und 65 Prozent, während sich an den Wahlen zu den Provinzialstaaten nur etwa 50 Prozent der Bürger beteiligt haben. Zur Wahl zum Europäischen Parlament ist 1989 nur noch etwa jeder zweite Niederländer gegangen, 1994 lag die Wahlbeteiligung hier bereits unter 40 Prozent und 1999 hat sich nicht einmal mehr jeder Dritte an dieser Wahl beteiligt.

**Grafik 1: Wahlbeteiligung in den Niederlanden**  
(Angaben in Prozent)



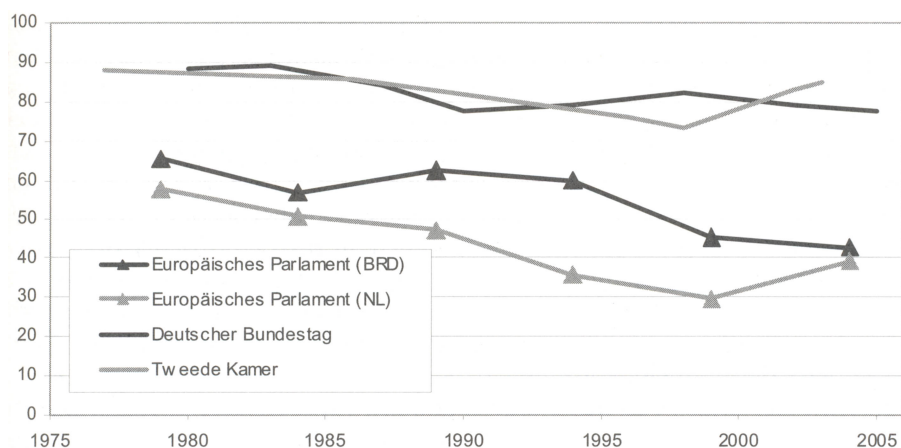
Quellen: CBS und Van Deth; eigene Darstellung

Auch in Deutschland hat die Beteiligung an den Europawahlen in den vergangenen Jahren abgenommen. An den Wahlen zum Europäischen Parlament haben sich 1994 in Deutschland noch rund 60 Prozent der Bürger beteiligt, 1999 ging dieser Wert um fast 15 Prozentpunkte zurück und im Jahr 2004 haben nur noch gut 40 Prozent der Deutschen gewählt. Der Grund hierfür liegt vor allem darin, dass die Entscheidung, ob die Bürger sich an einer Wahl beteiligen oder nicht, auch damit zusammenhängt, wie stark sie

<sup>1</sup> Hier sind die Werte zum Wahlverhalten der Niederländer seit der Abschaffung der gesetzlichen Wahlpflicht im Jahr 1970 dargestellt.

sich von den Entscheidungen des zu wählenden Parlaments subjektiv betroffen fühlen. Wenn also nur etwa die Hälfte der Deutschen der Meinung ist, dass die Entscheidungen, die das Europäische Parlament trifft, für sie persönlich wichtig sind, wundern die niedrigen Werte hier nicht.<sup>2</sup>

Grafik 2: Wahlbeteiligung im deutsch-niederländischen Vergleich  
(Angaben in Prozent)



Quellen: Statistisches Bundesamt und CBS; eigene Darstellung

Wie in den Niederlanden gilt die schwache Beteiligungsquote auch in Deutschland nicht für die Wahl des nationalen Parlaments. In Deutschland liegt dies sicher zum einen an der starken Medialisierung der Bundestagswahlkämpfe und der daraus hervorgehenden Mobilisierung. Zum anderen vertreten viele die Auffassung, das nationale Parlament würde die wichtigsten Entscheidungen treffen.

Insgesamt muss aber für beide Länder ein Rückgang der Wahlbeteiligung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs festgestellt werden, dessen Erklärungen vielfältig sind: in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren war der Gang zur Wahlurne – abgesehen von der gesetzlichen Vorschrift in den Niederlanden – auch eine gesellschaftliche Verpflichtung. Mit dem gesellschaftlichen Wertewandel nahm das Pflichtbewusstsein in dieser Hinsicht ab. Des Weiteren wird in Untersuchungen zur Wahlbeteiligung oft bemängelt, dass die Unterschiede zwischen den Parteien nicht mehr klar erkennbar seien, was dazu führt, dass die ‚Partei‘ der Nichtwähler und der Protestwähler gewach-

<sup>2</sup> Zur Übersicht über die individuelle Bedeutung von Parlamentsentscheidungen siehe: BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.), *Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*, Bonn 2004, S. 82.

sen ist. Auch politische Unzufriedenheit sowie eine vergleichsweise schwächere Parteibindung tragen zum Rückgang der Wahlbeteiligung bei.<sup>3</sup>

Dem Rückgang der Wahlbeteiligung soll unter anderem dadurch Einhalt geboten werden, dass man dem Bürger die Stimmabgabe vereinfacht. In Deutschland und in den Niederlanden gibt es unter den Stichworten e-Government und e-Democracy Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung. In den Niederlanden lief seit 2000 eine Pilotphase unter dem Motto „Kiezen op afstand“, in der im Ausland lebende Bürger bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 ihre Stimme über Internet oder Telefon abgeben konnten.<sup>4</sup> Eine andere Maßnahme innerhalb dieses Projektes ist das Versenden von Stimpässen anstelle von Wahlbenachrichtigungskarten. Dieser Stimpäss gibt den Bürgern der Modellstädte die Möglichkeit, sich das Wahllokal in ihrer Gemeinde selbst auszusuchen und somit ortsunabhängiger zu wählen. Nach einer positiven Bilanz sind die Gemeinden dazu aufgerufen, den Bürgern diese vereinfachte Stimmabgabe bei den Gemeinderatswahlen im Jahr 2006 zu ermöglichen. Ob diese technischen Maßnahmen zu dem erhofften Erfolg einer höheren Wahlbeteiligung führen werden, bleibt jedoch kritisch abzuwarten.

Um die Bürger vor allem auf kommunaler Ebene stärker in den politischen Entscheidungsprozess zu integrieren, wurde in vielen deutschen Bundesländern die Gemeindeordnung dahingehend geändert, dass der (Ober-) Bürgermeister direkt von den Bürgern gewählt wird. Damit haben die Bürger das Recht erhalten, unmittelbar über die wichtigste politische Personalfrage ihrer Stadt zu entscheiden. In den Niederlanden scheiterte der Versuch der Regierung, den Bürgermeister künftig von den Bürgern direkt wählen zu lassen, im Frühjahr 2005 an dem Widerstand in der Ersten Kammer.

Politische Beteiligung findet in wesentlichen Teilen in politischen Parteien statt. Parteien dienen der politischen Willensbildung, rekrutieren das politische Personal und leisten wichtige politische Bildungsarbeit. Die Mitgliedschaft in Parteien ist in den letzten 15 Jahren jedoch in beiden Ländern rückläufig. Im Jahr 1990 waren noch 2,9 Prozent der Deutschen und 2,3 Prozent der Niederländer Mitglied einer Partei, 14 Jahre später muss ein Verlust von 35 Prozent für Deutschland und 16 Prozent für die Niederlande festgestellt werden.<sup>5</sup> Häufig wird dies darauf zurückgeführt, dass die Menschen – insbesondere junge Erwachsene – die Arbeit in Projekten, die durch einen festgesetzten Zeitraum und durch ein konkretes Anliegen begrenzt sind, der langjährigen Mitarbeit in Parteien vorziehen.

Neben den klassischen Formen der Bürgerpartizipation wie der Wahlbeteiligung und der Parteimitgliedschaft sind inzwischen eine Reihe neuer Formen der Teilnahme am politischen Leben möglich. Vor allem auf kommunaler Ebene sind die Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte der Bürgerinnen

3 Zu den unterschiedlichen Motiven der Nichtteilnahme an Wahlen siehe: O. NIEDERMAYER, *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen in Deutschland – Eine Einführung*, Wiesbaden 2001, S. 163 ff.

4 Zum Thema siehe <http://www.minbz.k.nl>.

5 Die Daten basieren auf: SOCIAAL EN CULTUREEL PLANBUREAU, *In het zicht van de toekomst: Sociaal en Cultureel Rapport 2004*, Den Haag 2004; O. NIEDERMAYER, *Partei-mitgliedschaften im Jahr 2004*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36 (2005), S. 382–389.

und Bürger außerhalb von Wahlen in den letzten Jahren stark ausgeweitet worden: Beispielsweise sind in Nordrhein-Westfalen 1994 die direktdemokratischen Instrumente Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in die Gemeindeordnung aufgenommen worden.<sup>6</sup> In den Niederlanden wurden in einigen Städten entsprechende Referenden durchgeführt.<sup>7</sup> Darüber hinaus werden inzwischen gemeinsam mit den Bürgern kommunale Haushaltspläne aufgestellt oder in Zukunftsforen, Werkstätten und Planungszellen Probleme und Fragen der örtlichen Zukunftsgestaltung angegangen. Die aufgeführten Beispiele machen deutlich, dass das Spektrum sowohl der institutionalisierten als auch der nicht-institutionalisierten Beteiligungsmöglichkeiten zu Gunsten der Bürger ausgeweitet worden ist. Der Bürger ist längst nicht mehr nur der Empfänger von Verwaltungsleistungen, sondern vielfach Experte, der sich selbst einbringt oder zu Rate gezogen wird und sich an entsprechenden Stellen teilweise sogar rechtlich bindend einmischen kann.

### *Politisches Interesse*

Grundlegende Voraussetzung für eine lebendige Demokratie ist, dass die Bürger ein Selbstverständnis von sich als politischen Akteur haben. Nur wer sich als aktiven Mitspieler im politischen Prozess begreift und davon überzeugt ist, dass sein Einsatz für eine bestimmte Sache Erfolg haben kann, wird die Motivation aufbringen, sich in meist langwierige Diskussionen und Entscheidungsfindungsprozesse einzubringen. Ein derartiges politisches Selbstverständnis erfordert wiederum ein Mindestmaß an politischem Interesse. Ohne diese Voraussetzung gibt es keine politische Partizipation.<sup>8</sup> Beides, politisches Selbstverständnis und politisches Interesse, sind also grundlegende Voraussetzungen für politische Partizipation.

Die Umfragen zum politischen Interesse der Niederländer zeigen, dass etwa die Hälfte von ihnen sehr bzw. ziemlich an politischen Fragen interessiert ist.<sup>9</sup> Der Mord an dem niederländischen Politiker Pim Fortuyn im Frühjahr 2002 brachte das politische Interesse auf ein Rekordniveau. Der Erfolg und die Beliebtheit Pim Fortuyns resultierten aus der Schwäche der etablier-

<sup>6</sup> Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministeriums sind in dem Zeitraum von Oktober 1994 bis Juni 2005 321 Bürgerbegehren initiiert worden. In 104 Fällen ist es zu einem Bürgerentscheid durch die Bürger gekommen, davon waren 42 Bürgerentscheide im Sinne des Begehrens erfolgreich. Siehe: INNENMINISTERIUM DES LANDES NRW, *Statistische Angaben zum Thema Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Nordrhein-Westfalen für den Zeitraum Oktober 1994 bis Juni 2005*, Düsseldorf 2005.

<sup>7</sup> Über die Anzahl der durchgeführten Referenden in niederländischen Gemeinden liegen der Autorin keine gesicherten Informationen vor. Anhaltspunkte gibt eine Liste der Initiative Referendum Platform. Diese Liste, mit Stand von November 2004, zählt 113 kommunale Referenden auf, betont jedoch, dass die Angaben keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Vgl. <http://www.referendumplatform.nl>

<sup>8</sup> Zur Korrelation zwischen politischem Interesse und der Wahlbeteiligung siehe O. NIEDERMAYER (wie Anm. 3), S. 171.

<sup>9</sup> Siehe <http://www.cbs.nl>.

ten Volksparteien. „Fortuyn (...) hatte eine empfindliche Seite bei vielen Bürgern berührt, die sich nach sehr unterschiedlichen Dingen sehnten, die die etablierten Parteien anscheinend nicht bewerkstelligen konnten: nach mehr Sicherheit auf der Straße, mehr Anstand, kürzeren Wartezeiten im Gesundheitswesen, kleineren Klassen in den Schulen und nach einfachem politischen Sprachgebrauch.“<sup>10</sup> Pim Fortuyn nutzte diese Schwäche zu seinen Gunsten. Er nahm radikale, populistische Positionen ein, setzte sich damit von den anderen Parteien ab und war immerhin für so viele Niederländer zu einer echten Wahl-Alternative geworden, dass seine Partei, die Liste Pim Fortuyn, am Ende an der Regierungsarbeit beteiligt wurde.

Das politische Interesse der Deutschen ist seit Beginn der neunziger Jahre relativ stabil, steigerte sich aber zu Beginn dieses Jahrzehnts. Bei entsprechenden Untersuchungen gaben in den neunziger Jahren zwischen 40 und 50 Prozent der Deutschen an, etwas politisches Interesse zu haben. Der Anteil der Befragten, die angaben, sich stark oder sehr stark für Politik zu interessieren, lag bei etwa 40 Prozent. Dieser Anteilswert stieg zu Beginn dieses Jahrzehnts deutlich an.<sup>11</sup>

### *Demokratiezufriedenheit*

Neben dem politischen Interesse ist zur Bestimmung des Verhältnisses von Politik und Bürger auch von Bedeutung, wie die Bürger die politische Wirklichkeit bewerten. Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie zielt auf die subjektive Wahrnehmung der realpolitischen Ausgestaltung der Demokratie mit ihren handelnden Akteuren, unabhängig davon, wie sie in der Verfassung verankert und theoretisch konzipiert ist.

Umfragen zufolge sind die Niederländer seit den 1990er Jahren auf hohem Niveau zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land. Während in den 1980er Jahren im Durchschnitt etwa 60 Prozent der Bürger zufrieden waren, stieg der Anteil der Niederländer, die mit dem Funktionieren ihrer Demokratie zufrieden sind, in den 1990er Jahren auf über 70 Prozent an und erreichte seinen bisherigen Höhepunkt mit 81 Prozent im Jahr 2000. Danach sank die Demokratiezufriedenheit der Niederländer bis zum Jahr 2003.

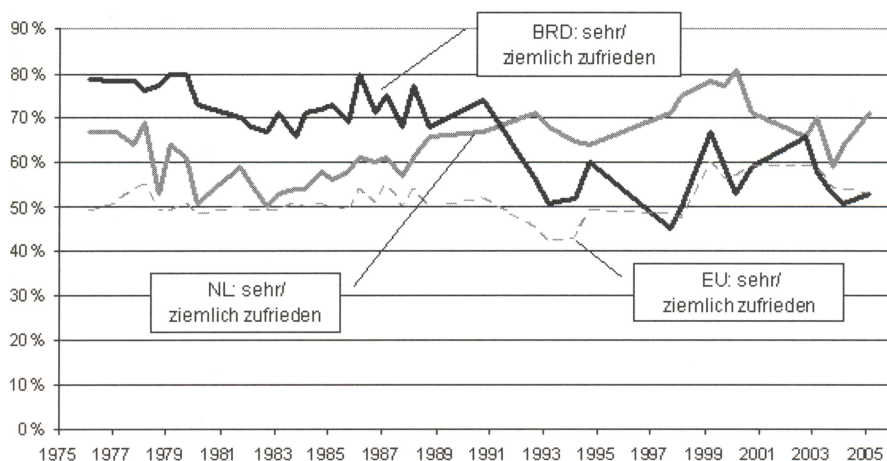
Der Vergleich mit Deutschland zeigt, dass die Deutschen in den vergangenen Jahren mit dem Funktionieren ihrer Demokratie unzufriedener gewesen sind als ihre westlichen Nachbarn. Dass dies mal anders war, zeigt ein Blick auf den Zeitraum vor der Deutschen Wiedervereinigung. Damals waren die (West-)Deutschen weitaus zufriedener mit dem Funktionieren ihrer Demokratie. Mit der deutschen Einheit änderte sich dieser Zustand: die Werte für Gesamtdeutschland sanken zum einen, weil die Ostdeutschen mit dem Funktionieren der neu gewonnenen Demokratie in Deutschland unzufrieden

<sup>10</sup> F. WIELENGA, *Konsens im Polder? Politik und politische Kultur in den Niederlanden nach 1945*, in: DERS./I. TAUTE (Hrsg.), *Länderbericht Niederlande. Geschichte-Wirtschaft-Gesellschaft*, Bonn 2004, S. 109.

<sup>11</sup> Siehe BERTELSMANN STIFTUNG (wie Anm. 2), S. 117.

waren. Hier liegen die Werte seit 1990 zwischen 20 und 30 Prozentpunkte unter dem Niveau Westdeutschlands und damit weit unter dem EU-Durchschnitt. Seit 1990 sank aber auch die Demokratiezufriedenheit der Westdeutschen – bemerkenswerter Weise etwa parallel zu jener der Ostdeutschen.<sup>12</sup> Hatte sie sich nach einem Tief zum Ende der Kohl-Regierung und einem erneuten Abwärtstrend um die Jahrtausendwende wieder erholt, ist die Zufriedenheit der Deutschen mit dem Funktionieren ihrer Demokratie seit 2002 wieder stark rückläufig. Von damals 66 Prozent sank der Wert auf 51 Prozent im Jahr 2004. Demnach ist nur noch etwa jeder zweite Deutsche mit der real-politischen Ausgestaltung der Demokratie zufrieden, während die Niederländer auf 70 Prozent im selben Jahr kommen.

Grafik 3: Demokratiezufriedenheit im Vergleich



Quellen: Eurobarometer; eigene Darstellung

Worin liegen die Ursachen für die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland in den letzten Jahren? Die Deutschen machen ihre Demokratiezufriedenheit traditionell stark von der volkswirtschaftlichen Lage abhängig. Die vergleichsweise schwierige ökonomische Lage in Deutschland in Kombination mit der erhöhten Arbeitslosigkeit der letzten Jahren schlägt sich somit auch auf die Demokratiezufriedenheit nieder. Ein anderes deutschlandspezifisches Problem stellt noch immer der Einigungsprozess dar: die politische Sozialisation in der BRD und der DDR verlief über einen zu langen Zeitraum zu unterschiedlich, als dass man davon hätte ausgehen können, dass der Prozess des Zusammenwachsens ohne größere Schwierigkeiten auch in dem Verhältnis zwischen Staat und Bürger hätte verlaufen können. Enttäu-

<sup>12</sup> Siehe hierzu auch A. SCHEUER, *Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau. Eine europäisch-vergleichende Analyse*, in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 33 (2005), S. 8–11.

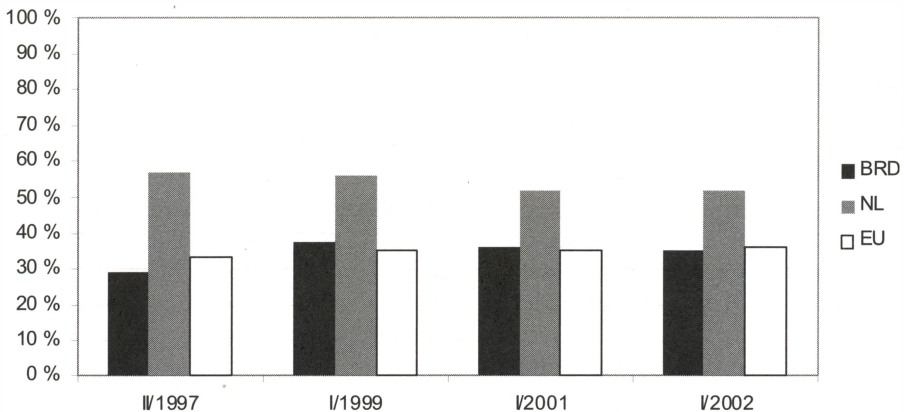
schungshaltungen werden aufgebaut und spiegeln sich in der Unzufriedenheit mit der Demokratie wider.<sup>13</sup>

### *Institutionenvertrauen*

Die Zufriedenheit der Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land steht zudem in engem Verhältnis zu dem Vertrauen, das sie in ihre öffentlichen Institutionen setzen. Das Institutionenvertrauen ist ein wichtiger Erklärungsfaktor für die Ausprägung der Demokratiezufriedenheit und damit ein weiteres Puzzelteil bei der Bestimmung des Verhältnisses zwischen der Bevölkerung und der Politik.

Die statistischen Daten zum Vertrauen in die öffentlichen Institutionen nationale Regierung, nationales Parlament, nationale Behörden und politische Parteien zeigen zum einen, dass das Institutionenvertrauen europaweit generell eher gering ist. Zweitens ist festzustellen, dass sich das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die öffentlichen Institutionen etwa auf dem europäischen Niveau bewegt, während das Institutionenvertrauen der Niederländer deutlich über diesem Durchschnitt liegt. Im Jahr 2001 waren die Niederländer sogar das Volk, das im europäischen Vergleich hinsichtlich ihres Vertrauens in die vier genannten öffentlichen Einrichtungen mit 58 Prozent an zweiter Stelle stand.<sup>14</sup> Die Deutschen lagen mit 40 Prozent hingegen auf dem viertletzten Platz, was auch auf das vergleichsweise geringe Vertrauen der Ostdeutschen in die öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen ist.

Grafik 4: Institutionenvertrauen im Vergleich



Quellen: Eurobarometer, eigene Darstellung

<sup>13</sup> Nähere Informationen finden sich bei SCHEUER (wie Anm. 12).

<sup>14</sup> Siehe EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.), *Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union* 56 (2002), S. 9.



Dass die Niederländer ein im internationalen Vergleich hohes Vertrauen in die öffentlichen Institutionen aufweisen, ist vor allem auf die bis zum Ende der Sechziger Jahre hinein versäulte Gesellschaftsstruktur zurückzuführen.<sup>15</sup> Die Meinungsführerschaft hatten hier die Eliten der jeweiligen Säulen inne, die unter hoher Kompromissbereitschaft auf allen Seiten politische Entscheidungen vorbereiteten und trafen. Die Bevölkerung verhielt sich politisch zurückhaltend und vertraute ihren Eliten.

Im Jahr 1997 lag der Vertrauenswert der Deutschen hinsichtlich ihrer nationalen Regierung auf einem niedrigen Niveau. Dieser Sachverhalt fand seinen Niederschlag bei der Bundestagswahl 1998, bei der der Unmut der Wähler schließlich in einem Regierungswechsel mündete. Nach der Bundestagswahl stieg das Vertrauen der Deutschen in die Bundesregierung und in den Deutschen Bundestag zunächst wieder tendenziell an, bevor es in den Folgejahren rasant abfiel. Nach der Bundestagswahl 2002 und dem Beginn der Debatte um die Arbeitsmarktreform, die unter dem Stichwort ‚Hartz IV‘ geführt wurde, sank der Vertrauenswert auf nur noch knapp über 20 Prozent und lag damit sogar unter dem Wert aus dem Jahr 1997. Eine ähnliche Entwicklung ist hinsichtlich des Vertrauens der Deutschen in den Deutschen Bundestag zu verzeichnen.

Dass das Vertrauen der Deutschen in die damalige Bundesregierung, aber auch in potentielle Nachfolgeregierungen, im Jahr 2005 ebenfalls gering war, zeigen entsprechende Untersuchungen des Instituts für Demoskopie Allensbach. Dieses hat ermittelt, dass die Mehrheit der Deutschen vor der Bundestagswahl 2005 den Eindruck hatte, dass die Rot-Grüne-Bundesregierung aufgegeben habe. Gleichzeitig waren 69 Prozent der Bevölkerung davon überzeugt, dass eine neue Regierung sich ähnlich schwer tun würde, die ökonomischen und sozialen Probleme zu lösen. Zwar genoss die CDU/CSU (38 Prozent) im August mehr Vertrauen als die SPD (14 Prozent). Bemerkenswert ist jedoch der ungewöhnlich hohe Anteil der Bevölkerung, der weder den Volksparteien noch einer anderen Partei zutraute, wesentliche Fortschritte zu erzielen. So identifiziert sich zum damaligen Zeitpunkt 60 Prozent der Bevölkerung mit der Aussage: „Man verliert allmählich jegliches Vertrauen in die Politik. Ich mache mir wirklich Sorgen, wie es mit Deutschland weitergehen soll.“<sup>16</sup>

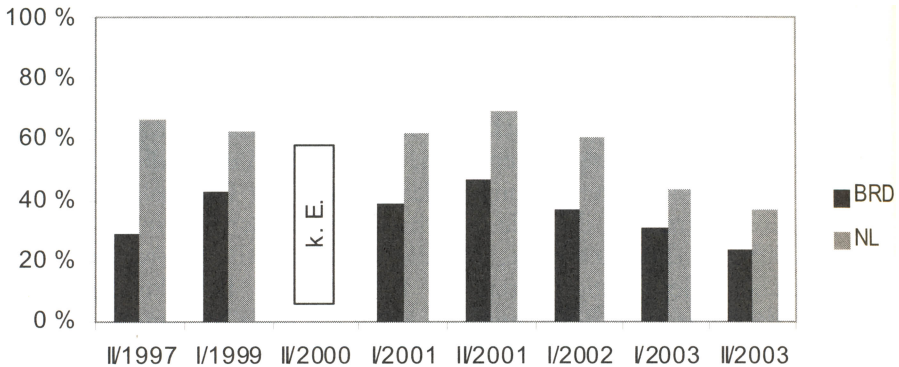
Das Vertrauen der Niederländer in ihre nationale Regierung ist zwar konstant höher als das der Deutschen, hat allerdings in den vergangenen Jahren einen Abwärtstrend verzeichnen müssen. Dieser politische Unmut wurde bereits sichtbar, als die Partei des ermordeten Populisten Pim Fortuyn nach dem großen Erfolg bei den niederländischen Kommunalwahlen 2002 auch den Sprung in die Tweede Kamer und sogar bis in die Regierung schaffte. Daneben zeigt eine Online-Umfrage von McKinsey und anderen aus dem Frühjahr 2005, dass der Unmut über die Regierungskoalition wächst. Demnach unterstützt nur noch etwa ein Viertel derjenigen, die bei der letzten

<sup>15</sup> Vgl. K. SCHUYT/I. VERHOEVEN, *Institutioneel vertrouwen als bron van legitimiteit*, in: *Openbaar bestuur* 13 (2003), S. 11–14.

<sup>16</sup> R. KÖCHER, *Entscheidung voller Unbehagen. Der Wahlkampf verschärft die Vertrauenskrise der Politik*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. August 2005, S. 5.

Wahl eine der heutigen Koalitionsparteien gewählt haben, ihre Regierung. Innerhalb der gesamten Wählerschaft geben nur 13 Prozent der Niederländer an, die Regierung zu unterstützen.<sup>17</sup> Hans Wansink kommentiert in der niederländische Zeitung *de Volkskrant*: „Die Stimmung im Jahr 2005 ist umgeschlagen.“<sup>18</sup> 86 Prozent der Bevölkerung machten sich laut dieser Quelle Sorgen über Kriminalität, Ausgaben für den Lebensunterhalt, über die Integration von Migranten, die soziale Sicherheit und das Gesundheitssystem. Die aktuellen Zahlen sind alarmierend. Es handelt sich allerdings um die Beurteilung der aktuellen Regierungspolitik, die offensichtlich für viele Niederländer enttäuschend ausfällt. Ob damit aber auch das im europäischen Vergleich hohe Vertrauen der Niederländer in ihre politischen Institutionen insgesamt abnimmt, muss abgewartet werden.

Grafik 5: Vertrauen in die nationale Regierung im Vergleich



Quellen: Eurobarometer; eigene Darstellung

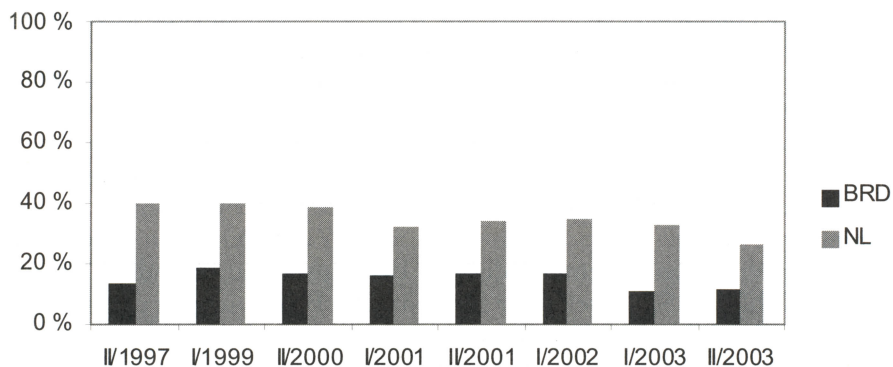
Anlass zu größerer Sorge könnten die niedrigen Werte zum Vertrauen der Deutschen und der Niederländer in die politischen Parteien bereiten. Während im Jahr 2003 nur 12 Prozent der Deutschen ihren politischen Parteien vertrauten, sind die Werte der Niederländer 2003 zwar etwa doppelt so hoch. Allerdings lagen diese zum Ende der Neunziger Jahre noch bei 40 Prozent und sind seitdem um mehr als zehn Prozentpunkte gesunken. Hinzu kommt, dass die Werte im Vergleich zu den anderen Institutionen generell sehr niedrig sind. Bei den Deutschen ist darüber hinaus auch das ausgeprägte Negative Image von Politikern auffallend. 2003 sagten 73 Prozent der Deutschen, dass die Führungskräfte in der Politik ihrer Aufgabe nicht gerecht würden.<sup>19</sup>

<sup>17</sup> Die Online-Umfrage *21minuten.nl* wurde im Zeitraum von Mitte Januar bis Anfang März 2005 auf Initiative von McKinsey & Company, Planet Internet, NRC Handelsblad, Algemeen Dagblad, FHV BBDO und MSN durchgeführt. Mehr Informationen finden sich unter <http://www.21minuten.nl>.

<sup>18</sup> H. WANSINK, *Nederland op de divan*, in: *De Volkskrant*, 26. April 2005, S. 13.

<sup>19</sup> Vgl. BERTELSMANN STIFTUNG (wie Anm. 2), S. 62.

Grafik 6: Vertrauen in die politischen Parteien



Quellen: Eurobarometer, eigene Darstellung

### Fazit

Das Verhältnis zwischen Bürgern und Politik ist sowohl auf deutscher als auch auf niederländischer Seite gegenwärtig von einem niedrigen Vertrauen der Menschen gegenüber der Politik im Allgemeinen und speziell gegenüber den politischen Parteien bzw. den Politikern geprägt. Das Vertrauen sowohl der Deutschen als auch der Niederländer in ihre nationale Regierung bzw. das nationale Parlament erfuhr zu Beginn dieses Jahrzehnts einen deutlichen Abwärtstrend. In Deutschland hatte 2003 gerade noch jeder Dritte Vertrauen in den Deutschen Bundestag. Der damaligen Bundesregierung konnte gerade noch jeder Fünfte sein Vertrauen entgegenbringen. Die Werte zum Vertrauen in die politischen Parteien erreichten im Jahr 2003 gerade noch die Zehnprozentmarke. In Anbetracht dieser Vertrauenskrise sind Maßnahmen gefordert, die zur Stärkung des Vertrauens in die Politik beitragen. Auf lokaler Ebene, dem Ort, an dem die Politik dem Bürger am nächsten ist, sind in den vergangenen Jahren viele gute Schritte in diese Richtung gemacht worden. Mit der Direktwahl der (Ober-)Bürgermeister und lokalen Referenden wird den Bürgern die Möglichkeit gegeben, anstelle des Rates über politische Personal- oder Sachfragen zu entscheiden. Damit steigt das Interesse der Politiker, stärker als bisher auf die Bürgerschaft zuzugehen und um deren Vertrauen zu werben. Das Spektrum der Beteiligungsmöglichkeiten wurde zudem durch Partizipationsformen ergänzt, bei denen die Bürger auf gleicher Augenhöhe mit den Politikern ins Gespräch kommen.<sup>20</sup> Werden Bürger in die Zukunftsgestaltung ihres Ortes aktiv einbezogen und wird ihrem Bedürfnis nach politischer Beteiligung und Mitsprache damit nachgekommen, bietet dies die Chance, das Vertrauen in die Politik wieder aufzubauen. Politische Entsch-

<sup>20</sup> Siehe hierzu: H.-G. VON LENNEP, *Direkte Demokratie und Bürgermitwirkung in NRW-Kommunen*, in: *Städte- und Gemeinderat* Bd. 4 (2005), S. 6 ff.; L. HOLTKAMP, *Bürgerbeteiligung in Städten und Gemeinden. Ein Praxisleitfaden für die Bürgerkommune*, Berlin 2000.

dungsprozesse sollten sich daher noch stärker für nicht-formalisierte Beteiligungsformen öffnen.

Inwiefern die neuen, elektronischen Wege der Stimmabgabe über Internet und Telefon tatsächlich die Wahlbeteiligung erhöhen, bleibt weiter abzuwarten. Dazu müsste der Grund für die Stimmenthaltung in der klassischen Art der Stimmabgabe im Wahllokal liegen. Sobald die Probleme aber einen Schritt davor, nämlich bei der Frage, ob jemand überhaupt zur Wahl gehen möchte, zu verorten sind, wird man diese Personenkreise auch nicht über elektronische Wege für eine Parlamentswahl begeistern können. Vielmehr bestimmen Faktoren wie politisches Interesse, Zufriedenheit mit der Politik bzw. den politischen Akteuren oder das Bildungsniveau über die Teilnahme an einer Wahl. Ein Schlüsselfaktor für politische Beteiligung ist die allgemeine und politische Bildung. „Die Korrelation zwischen dem Bildungsgrad von Menschen und ihren politischen Meinungen, Einstellungen und Werthaltungen beweist sich in allen Umfragen und Studien: je formal gebildeter jemand ist, desto größer ist sein politisches Interesse, desto besser sein Wissen über politische Vorgänge, desto größer sein Selbstvertrauen und sein Vertrauen zu anderen Menschen, desto größer auch seine Überzeugung, durch eigenes Handeln die Politik seines Landes mitgestalten zu können.“<sup>21</sup> Dass die Bürger sich als politische Akteure begreifen und ihre Mitsprachemöglichkeiten kennen und einzusetzen wissen, kann ihnen vor allem durch politische Bildungsarbeit vermittelt werden. So kann gefestigtes Interesse in langfristiges politisches und gesellschaftliches Bürgerengagement umgewandelt werden.

21 M. GREIFFENHAGEN/S. GREIFFENHAGEN (HRSG.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2002, S. 395.